

Veranstaltungsbericht

Die Linke und der Krieg – Strategiediskussion zu einem wichtigem Thema

von Johannes Kakoures. Aus: Münchner Lokalberichte Nr. 6/2008, Seite 9.

Im Rahmen der seit Anfang des Jahres laufenden Reihe „Werkstattgespräche“ nahm sich der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung eines der zentralsten Problemfelder linker Politik vor. Anhand von Referaten von Martin Fochler, als Redakteur der MLB an dieser Stelle wohl nicht vorstellungsbedürftig und Jule Gilles, langjährige Sprecherin der Münchner PDS und Mitglied im Kreisvorstand der Partei Die Linke wurde am 11.3.2007 von ca. zwanzig Anwesenden unter dem weit gefassten Titel „Die Linke und der Krieg“, Fragen der Antikriegspolitik, speziell bezogen auf die programmatische Orientierung der Partei Die Linke diskutiert.

Martin Fochler stellte den Kampf gegen die Kriegspolitik in Zusammenhang mit der Legitimität staatlichen Handelns dar. Hierbei ging er aus von einem Zitat Carl Schmitts, wonach Politik als die Bereitschaft zu töten definiert wird. Carl Schmitt war in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts führender Staatsrechtler des Konservatismus und Hauptlegitimierer des NS-Regimes. Es sei bezeichnend, dass auch im gegenwärtigen staatstheoretischen Diskurs verstärkt auf Schmitt zurückgegriffen wird. Fochler stellte das Zitat in den Zusammenhang deutscher Ideengeschichte, für die der Gedanke, dass der Staat die Verkörperung der höchsten Sittlichkeit sei, prägend war. Hierdurch war es möglich, das Prinzip von Befehl und Gehorsam fest im Bewusstsein der Bevölkerung, gerade auch der bildungsorientierten Schichten zu verankern und hierauf das gesamte Verhältnis zwischen Staat und Bürger zu begründen. Unter dieser Voraussetzung konnte der Erste Weltkrieg unter ungeahnter Grausamkeit und vor allem Instrumentalisierung und Objektivierung menschlichen Lebens geführt werden. Problematisch sei, dass der Erste Weltkrieg im Bewusstsein nicht mehr verankert, sondern allenfalls noch als historische Gegebenheit bekannt sei. Ohne die durch ihn verursachte Verrohung sei jedoch der folgende Faschismus nicht zu verstehen, in dem das Prinzip von Befehl und Gehorsam mit den Ideen von Führer und Untermensch zu einer völlig unkontrollierbaren Staatsgewalt kumulierte und in die hinreichend bekannten Verbrechen führte. Erst hierdurch wurde die Befehlskette als Staatsidee delegitimiert. Nach Fochlers Ansicht seien für den Prozess der Delegitimierung weniger die Erkenntnis über die begangenen Verbrechen als vielmehr die Tatsache der Niederlage verantwortlich. Nach dem Krieg waren die Erfahrungen von zwei Weltkriegen jedenfalls so breit im Bewusstsein verankert, dass dem Staat das Recht über das Leben seiner Bürger zu verfügen aus dem konkreten Erleben heraus abgesprochen wurde. Diese Erfahrung sei jedoch mit der Zeit mehr und mehr verloren gegangen. Dass die BRD wieder Krieg führen könne, sei auf eine Rückgewinnung staatlicher Legitimität zurückzuführen. Zwar sei keine breite Kriegsbegeisterung zu spüren, jedoch setze eine Gewöhnung ein, die zu Abstumpfung und Kritiklosigkeit führe. Perspektivisch sei zum einen nötig, das Erinnern auch an den Ersten Weltkrieg am Leben zu halten. Zum anderen müsse man in der politischen Auseinandersetzung aufzeigen, dass eine Schritt für Schritt vorangetriebene Entmilitarisierung der BRD Sicherheit und Stabilität in Europa und in den internationalen Beziehungen fördern würde. So sei die Europäische Union auf der Basis von wechselseitigem Einvernehmen und Verträgen zum gegenseitigen Vorteil entwickelt worden und gerade nicht unter einer Vormacht. Es habe sich in der weiteren Entwicklung gezeigt, dass es möglich ist, internationale Beziehungen auf rein politischen Absprachen beruhend, zu begründen. Die weitere Entwicklung ist jedoch offen. Die im klassischen Staat immer latente Aggressionsbereitschaft, und -fähigkeit wirke auch innerhalb Europas fort. So zeigten die dem neuen, großen souveränen Deutschland benachbarten Staaten und Gesellschaften immer deutlicher ein Interesse sich abzusichern. Es komme daher darauf an, die Europäische Integration als einen politischen Prozess zu vollenden, der mit einer Demilitarisierung einhergehen müsse. Hierfür sei es notwendig, sich mit den rechtlichen Grundlagen, die das deutsche Staatswesen in seinen internationalen Beziehungen bändige, zu beschäftigen, was deswegen nicht leicht ist, weil die Normen nach denen Staaten untereinander agieren weit außerhalb der alltäglichen Erfahrungswelt liegen.

Jule Gilles ging vor allem auf offene Fragen und Probleme innerhalb der Anti-Kriegs-Bewegung ein. So habe sich die damalige PDS bei ihrer Ablehnung deutscher Kriegseinsätze stark auf das Völkerrecht berufen. Hiermit war jedoch nicht die Gesamtheit aller geltenden Rechtsnormen der internationalen Beziehungen gemeint. Vielmehr berief man sich vor allem auf das System der UNO. Mit dem mehrfachen Bruch der UN-Charta sei dieses jedoch bereits kaputt. Zudem war die Bezugnahme auf die UN nie unproblematisch. Ein wesentlicher Aspekt, auf der dieses völkerrechtliche System beruhte, war die territoriale Integrität der Staaten und das Gebot der Nichteinmischung. Diese waren zwar wichtige Grundpfeiler um Angriffs-, und Eroberungskriege zu verhindern, jedoch geraten beide Prinzipien leicht in Konflikt mit der Solidarität zu Befreiungsbewegungen und der verbreiteten Befürwortung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker. Des Weiteren war diese Position in der politischen

Auseinandersetzung weitgehend wirkungslos, weil die bloße Berufung auf einen Rechtsbruch als rechtspositivistisch jedenfalls in der Linke kaum anknüpfungsfähig ist. Während der Proteste gegen den Jugoslawienkrieg war man dann eher mit vielen materiellen Vorbehalten konfrontiert. Es habe die Angst vorgeherrscht, den Serben zu viel durchgehen zu lassen, bzw. mit den falschen Leuten zu demonstrieren. In Verbindung mit offenen Lügen konnte es daher gelingen, die Kritik am Krieg weitgehend lahm zu legen und das bestehende völkerrechtliche System zu vernichten. Wie fundamental dieser Bruch wirklich ist, merke man an der Fassungslosigkeit, mit den so mancher der aktuellen Entwicklung im Kosovo zuschauen muss.

Ähnliche Widersprüche tun sich am Begriff der Globalisierung auf. Als Linker sei man ja eigentlich Internationalist, so dass man den angeblichen Souveränitätsverlust der Staaten, zu welchem das Fallen der Nichteinmischungsdoktrin gut passe, begrüßen müsse. Tatsächlich existiere jedoch eine globalisierungskritische Bewegung, der jedenfalls dann zuzustimmen sei, wenn es ihr gelingt zu zeigen, dass sich Kapital und Militär weltweit bewegen können, der Einzelne jedoch weiterhin innerhalb der nationalen Grenzen eingesperrt sei. Aus Sicht des Einzelnen ist eben kein Bedeutungsverlust des Staates zu erkennen. Vielmehr nehmen Überwachung und auch Steuerlast gerade zu. Wenn etwas an Bedeutung verliere, seien es Elemente demokratischer Steuerung. Es ist wichtig, grenzüberwindende Prozesse nicht generell für falsch zu erklären, sondern zu zeigen, dass diese auch in einem humanistischen Sinn denkbar wären.

Aufgabe der Linken ist es jetzt, den Bezug auf das Völkerrecht zu konkretisieren und präzise herauszuarbeiten, was man will. In diesem Zusammenhang seien auch ökonomische Analysen zu prüfen. Innerhalb der Partei Die Linke müsse zudem eine offene Debatte um die Haltung zur weltweiten Interventionspolitik geführt werden. So sei dieser Punkt in den programmatischen Eckpunkten zu offen formuliert. Eine solche Debatte dürfe weder dazu genutzt werden, in der Kriegsfrage umzufallen, noch dürfe sie als Fundamentalangriff auf die Antikriegspolitik der Linke von vornherein abgewürgt werden. Gerade die jüngste Äußerung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, wonach die Außen-, und Sicherheitspolitik das entscheidende Kriterium der Unmöglichkeit einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sei, zeige, wie notwendig eine Versicherung der eigenen Grundsätze ist. Werden offene Fragen nicht geklärt, kann eine Dynamisierung eintreten, die die Partei auseinanderlegt. Die angesprochenen Probleme spiegelten sich auch in der anschließenden Diskussion wieder. So bestanden erhebliche Uneinigheiten darüber, wie mit Krisensituationen in anderen Staaten umzugehen sei, was sich etwa an Stichworten wie „internationale Polizeieinsätze“, aber auch an der Frage, ob es genügt, den deutschen Abzug aus Afghanistan zu fordern, oder ob man sich nicht vielmehr Gedanken machen muss, welche Folgen dieser Abzug konkret hat, äußerte. Im weiteren Verlauf schien sich als Lösung für das Unbehagen, dass bzgl. der Reaktion auf bestehende Menschenrechtsverletzungen in internationalen Krisen eine Strategie herauszukristallisieren. Demnach müsse eine erfolgreiche Antikriegspolitik zwei Ebenen unterscheiden: Die internationale Solidarität mit Unterdrückten und der Kampf gegen Aggressoren, wird als Kampf um die internationale Öffentliche Meinung zu führen sein. Etwas anderes ist dagegen das staatliche Handeln Deutschlands. Hier müsse aufgezeigt werden, dass eine Abrüstung der BRD und ihr Verzicht auf Großmachtambitionen keine Destabilisierung bewirke, sondern vielmehr ein wichtiger Schritt für eine internationale Friedensordnung sei. Die Forderung beider Referenten, sich intensiver mit den völkerrechtlichen Strukturen und Normen zu beschäftigen wurde hierbei bekräftigt. Einigkeit bestand zudem darin, dass ein zentraler Punkt der Friedenspolitik, die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge ist. Für Diktatoren wird es dann schwer, wenn die zu Unterdrückenden schlicht weggehen können.